INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM

Nr. 269 13. Januar 1994



Hallo Leute!

in Mexiko bricht die Revo los, 80.000 an den Gräbern von Rosa und Karl, Sydney kann sich Olympia 2000 von der Backe putzen (wo war Axel Nawrocki letzte Woche?) _ und in unserem Briefkasten das schwarze Loch, zumindest was die action in Berlin angeht! Noch nichtmal ne Erklärung zum Wagensport in Charlottenburg (s. Foto). Doch beim nächstenmal: die Spielregeln einhalten! Kaufpreis mindestens 70.000 DM und es ist ein Mann-/Frauschaftsspiel - keine Alleingänge!

ja, ja geh' alles rein und, Schwupp, ist es verscvhwunden!

Inhalt

Ordner

- Papier von "weißen, deutschen, nicht behinderten, heterosexuellen Männern" aus Neumünster
- Räumung in Münster
- Antifa Bonn-Rhein/Sieg zur Anti-Antifa

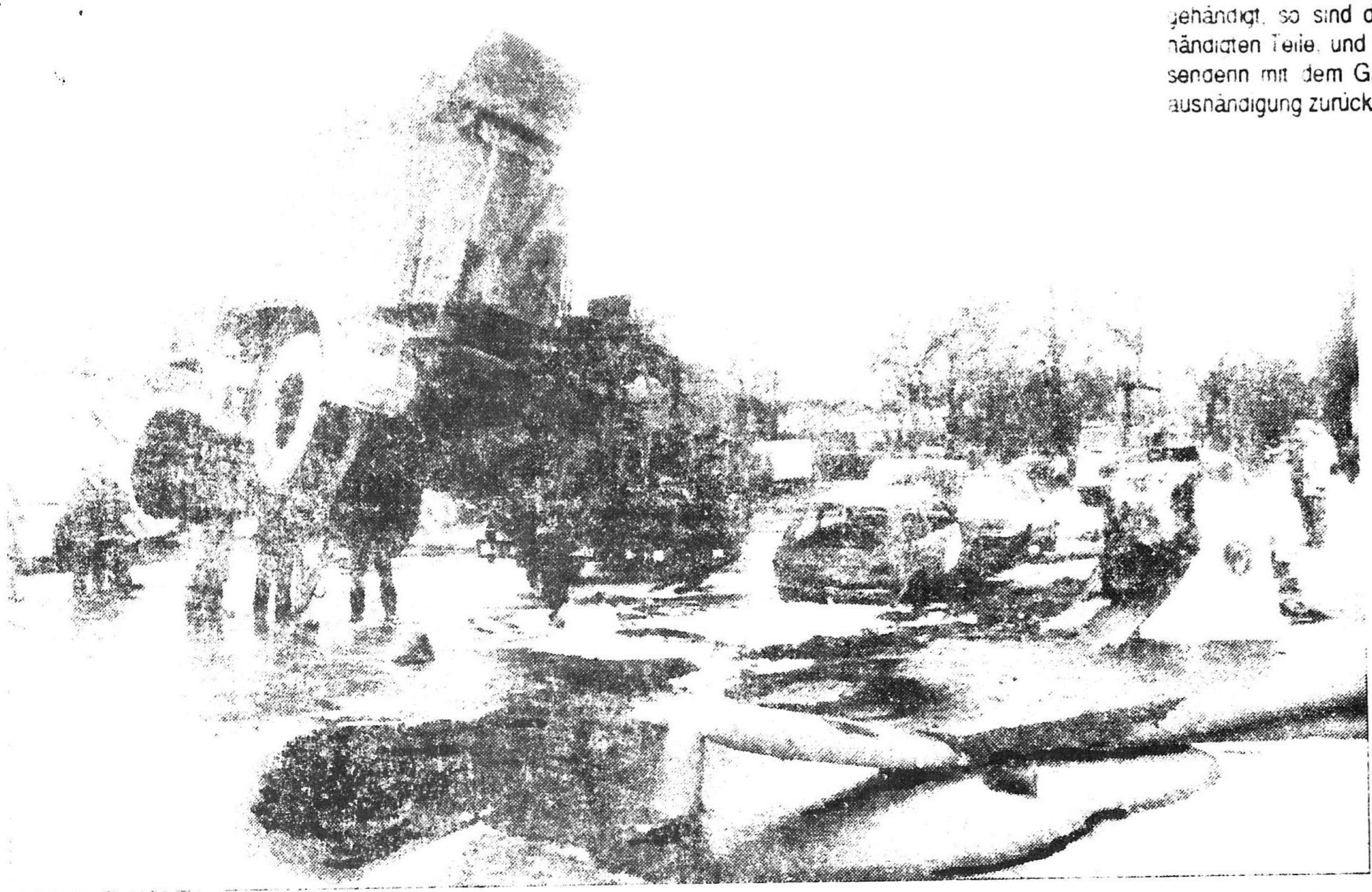
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Beim Wenden an der Charlottenburger Caprivi-Brücke ist dieser Teerkocher-Wagen am Freitag gegen 8.10 Uhr umgestürzt. Dabei explodierte der Gastank des Anhängers und setzte das Fahrzeug sowie einen daneben parkenden VW Golf in Brand. Die Feuerwehr hatte das stark qualmende Feuer nach 25 Minuten gelöscht. Reinigungskräfte entfernten bis zum Mittag den ausgelaufenen Straßenbelag von der Sömmeringstraße. Unfallursache ist möglicherweise ein blockierter Bremsschlauch. Foto: Mrotzkowski

VOR 75 JAHREN: ROSA UND KARL ERMORDET!

Am 15.1.1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von den bewaffneten Schergen der Konterrevolution ermordet. Im direkten Zusammenspiel von Sozialdemokratie, Bourgeoisie und bewaffneten Freikorps wurden die bekanntesten Repräsentanten des deutschen Proletariats ermordet und ihre Leichen in den Landwehrkanal geworfen.

Wie jedes Jahr waren am zweiten Sonntag im Januar knapp 100.000 Menschen zusammengekommen, um ihnen zu gedenken. Darunter waren auch so gut wie alle stalinistischen Politsekten vertreten, die die beiden zu vereinnahmen versuchen. Wir denken, daß Rosa und Karl sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie wüßten, wer sich alles auf sie beruft. Dazu ein paar Auszüge aus Rosa L. "Zur russischen Revolution":

"Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider - oder je nachdem: zum Glück - nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man zu anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten, praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, die auf jeden Schritt zu ergreifer sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen: Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte....(....). (Der Sozialismus) hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen - gegen Eigentum etc. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme....Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.....Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.

Unbedingte öffentliche Kontrolle notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreis der Beamten der neuen Regierung. Korruption unvermeidlich. (Lenins Worte, Mitteilungs-Blatt Nr. 36) Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alles Leiden hinwegbringt usw. usw. Niemand weiß das besser als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Frabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt: die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaf demobilisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzig wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Partei-

führer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.....Das ist ein übermächtiges Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.

Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. "Diktatur oder Demokratie" heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratei und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen soziaistischen Politik. ....

(Das Proletariat) soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d.h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.....

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwdnung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Geselschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirkohcne läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen."



Mehr als 80 000 Menschen haben gestern in Berlin-Friedrichsfelde an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der vor 75 Jahren Ermordeten gedacht. Rund 10 000 Berliner beteiligten sich zuvor an einer Demonstration unter dem Motto „Luxemburg, Liebknecht, Lenin – niemand ist vergessen".



Ungarn 1994: Vorwärts in die Vergangenheit!

Veranstaltung mit AnarchistInnen aus Ungarn in Babylonia

Sonnabend, 22.1., 19 Uhr
Babylonia, Cuvrystr. 23 (Kreuzberg), 2. Hof, Aufgang A

Ungarn befindet sich heute auf einem rasanten Fahrt nach ganz rechts. Herausragendes Symbol davon: 1993 ließ die ungarische Regierung den "Vater des ungarischen Faschismus" Miklos Horthy, der im portugiesischen Exil gestorben war, mit allen staatlichen Ehren heimholen und beisetzen. So wurde die große Öffnung Ungarn des Jahres 1989, die Euphorie der neuen Freiheit, nach nur vier Jahren mit der Anschluß an die rechteste und brutalste Vergangenheit der zwanziger Jahre beendet.
Die staatliche Politik in Ungarn ist dabei, mit allen Mitteln einen neuen Konservatismus auf die Gesellschaft aufzuprägen. Alle Formen reaktionärer Ideologie: Nationalismus, Klerikalismus, Sexismus und Militarismus werden von oben gefördert und der latente Antisemitismus ebenso wie der gegen Roma gerichtete Rassismus werden aufgeputscht. Aus der Vergangenheit herausgekramte Familienmodelle werden gepflegt, nach dem Motto, "ungarische Mütter, gebärt ungarische Kinder!" (für die Armee!)

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung von der national-konservativen Politik nicht gerade begeistert ist, regt sich dagegen nur sporadisch Widerstand.
Aber es gibt auch in Ungarn eine alternative oppositionelle Bewegung, z.B. das "Alternative Netzwerk", in dem sich verschiedene Gruppen und Einzelpersonen über Briefe austauschen und koordinieren, aber jede Bewegung ihre Autonomie bewahrt: die landesweit organisierte Anarchistische Föderation, das Feministische Netzwerk und verschiedene Fanzines, die unter Jugendlichen weit verbreitet sind.

Mit der Ausstellung (Fotos, Broschüren, Flugis) und dem Diskussionsabend in Babylonia werden wir von ungarischen AnarchistInnen mehr und detailliertere Informationen über diese Themen und die aktuelle Lage in Ungarn erfahren.

An die INTERIM Redaktion

Da ich die Personen nicht kenne, von denen ich sogleich berichten werde, wende ich mich an Euch, damit Ihr das von mir geschilderte Problem grundsätzlich diskutieren könnt/sollt, bzw. wenn Ihr es für wichtig erachtet, in der INTERIM veröffentlicht.
Vielen Dank im voraus!

Zuallererst bitte ich um Rücksicht, daß ich nicht die selbe Sprache spreche wie sie in der INTERIM überwiegend üblich ist.

Ich bin eben (um ca 20.45 Uhr am Freitag 7.1.1994) von der "Mexiko-Demo" zurückgekommen, bin **stinksauer**, aber nicht wie üblich über die brutal zuschlagende Staatsmacht, sondern **über mindestens 4 DemoteilnehmerInnen**.

Da ich als Lehrer nicht unbedingt altersmäßig und kleidungsmäßig zu den anderen Teilnehmern passte, wiederfuhr mir folgendes:

Als ich zufällig am Adenauerplatz vorbei kam, sah ich den Demozug die Wilmersdorfer Straße wegziehen. Um mitzubekommen, worum es geht, ging ich rechts am Demozug vorbei und las mir alle Stofftransparente durch.
An der Ecke Mommsenstraße kam es dann zu kleineren Irritationen, ob rechts abzubiegen sei oder nicht.
Es flogen ein paar Feuerwerkskörper gegen die Staatsmacht, die den Demozug unbedingt veranlassen wollte, rechts abzubiegen. Als die Demo dann endlich weiterging, schloß ich mich dem Zug hinten an.
Nach nur ca. 30 Metern sprach eine Teilnehmerin die 2 Personen rechts von mir ging zu ihrer direkten Nachbarin zwischen uns, jedenfalls so laut, daß ich es mitkriegen sollte: **"Besonders echt sieht deine Verkleidung ja nicht aus."** Ich fragte sie darauf: "Wie bitte?". Sie fragte lediglich, ob ich mich angesprochen fühlte.
Ich erwiederte, daß ich dieses annahm, da links neben mir niemand mehr ging.
Ich entschuldigte mich jedoch sofort für mein dann doch unhöfliches Mithören von dem Gespräch.
Da mir die Situation etwas unangenehm war, ging ich weiter vor in den Demozug.
Als wir dann in die Leibnizstraße links eingebogen waren, kamen aufeinmal zwei Typen, einer von links und einer von rechts, und rempelten mich leicht an.
Ich fragte den rechts von mir, ob er denn blöd sei, sich so zu benehmen..
Er machte sich darüber lustig und schlug sich dauernd gegen seinen schief gehaltenen Kopf.
Ich fragte sie, ob sie mich nicht in Ruhe demonstrieren lassen wollten.
Sie sagten natürlich, machten aber weiter damit mich zu nerven.

Aufeinmal dämmerte mir, daß sie mich wohl für einen **Spitzel** halten würden.
Dies sprach ich selbstverständlich gleich an, diese jedoch verneinten dies bloß mit ironischem Unterton.
Meiner Verärgerung gab ich Ausdruck indem ich sagte , daß mich es nerve, daß ich nicht einmal in Ruhe für Menschenrechte demonstrieren dürfe, daß ich mir vorkäme, wie einer, der in den **Frauen-und Lesbenblock** eingedrungen wäre.
Sie sagten es sei der **Schwulenblock**. Ich darauf: "Wunderbar da bin ich ja richtig." Sie machten sich dann scheinbar lustig und führten sich wie sog. Tunten auf.

Nach ein paar weiteren Wortgefechten, in denen ich um ein ernsthaftes Gespräch bat, war mir die Sache dann zu blöd, weswegen ich frustriert nach Hause ging.

Es mutet schon seltsam an, daß für Mitbestimmungsrecht aller Völker demonstriert wird, einzelne Randgruppen, wie z.B. Schwule und Geisteskranke Menschen verulkt werden.

Was geht in den Köpfen der zwei Teilnehmer vor, die auf die Anstachelung der einen Frau, völlig **ohne selber zu denken**, wie die einfachen Polizisten auf Befehl ihres Einsatzleiters losstürmen und mich "angreifen" (nicht körperlich).
Es ging von den beiden Typen ein gewisser Druck aus, den ich als Gewalt, nämlich als eine von mir nicht akzeptierte Macht, begriff.
Froh bin ich, daß die Frau mich nicht als **"Fascho"** den beiden **"gemeldet"** hat.
Vielleicht wäre ich dann sogar körperlich angegriffen worden, gewehrt hätte ich mich jedoch nicht, da ich auch in diesem Falle wahrscheinlich nicht zuschlagen könnte, da mir der Wert der menschlichen Unversehrtheit sehr viel bedeutet.
(Vielleicht haben die Beiden zu viele Kriminalfilme gesehen, und daher sich sicher glaubend alle "Zivilen" sofort zu erkennen.)
Was soll ich meinen Bekannten den Kollegen und den Schülern noch sagen, wenn sie aus der Presse oder dem staatlich fast gleichgeschalteten Fernsehen hören, daß die "Autonomen" die Polizei angegeriffen habe, ich jedoch wie beim 1.Mai zum Beispiel genau das Gegenteil erlebt habe?
Es fällt schwer mit gutem Gewissen "die Autonomen" zu verteidigen als solche, die mitdenken, sich für Toleranz und Freiheit einsetzen und sich nur gegen die Staatsmacht wehren, wenn durch ein **einfaches Gerücht** gutwillige Mitdemonstranten unreflektiert rausgeekelt/angegriffen werden.
Gerade entgegen dem in der Presse verbreiteten Bild von der Linken, (die es ja so wiederum nicht gibt,) eine andere Position einzunehmen, von Demoerfahrung zu berichten, ist in der Funktion als Lehrer, der viele Personen erreicht, besonders wichtig und fruchtbar.
Die Personen der besetzten Häuser der **Mainzer Straße** waren mir gegenüber, sogar als ich mit Anzug dort auftauchte, wesentlich freundlicher gesonnen.
Noch eins zum Schluß:
Polizisten mögen ja größtenteils einen stark beschränkten Horizont haben, aber für so doof, daß sie einen Kollegen "schlecht verkleidet" in den Demozug einschleusen, dürft Ihr sie nicht halten.
Vielleicht hat sich bei den beiden "Demoschützern" bloß der Jagdtrieb oder der Beschützerinstinkt verselbständigt.(Parkwächtersyndrom!)

Wenn dieser Minidemozug wirklich von Spitzeln durchsetzt war, dann haben die sich wahrscheinlich wegen des lächerlichen Spielchens mit mir später auf der Wache halbtotgelacht.
Da ich von der Einsichtsfähigkeit der "normalen, typisch gekleideten Demoteilnehmer" nach diesen Vorkommnissen nicht überzeugt sein kann, bitte ich um Nachsicht, daß ich nicht meinen Namen nennen will, um nicht wiederum von für sich denken lassenden Typen belästigt zu werden.
Die Aktion der zwei Typen ist durch nichts zu unterscheiden von der der sogenannten Normalbürger, die in der Bild-Zeitung eine Lügenstory lesen und dadurch sich veranlaßt sehen z.B. Ausländer oder Autonome zu verurteilen, oder sogar Haß zu schüren und sich bei einem abgebrannten Asylbewerberheim heimlich oder inzwischen nicht mehr heimlich sondern unheimlich ins Fäustchen lachen.
Selber Denken ist offensichtlich auch für sogenannte "Linke", oder "Autonome" nicht selbstverständlich.
Einfacher ist es, Parolen und Gerüchten zu glauben und wie ferngesteuert zu funktionieren.
Prima Alternative zum jetzigen System!
Schade!
Dennoch viel Erfolg mit dem Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung für jede/jeden Einzelnen.
Diskutiert den Fall doch mal! Es war vielleicht kein Einzelfall?.
Gebt acht, daß ihr Euch mit dem Verfolgungswahn nicht selber lähmt!
Seht doch endlich ein, daß Ihr keine Demo 100% spitzelfrei bekommen könnt, daß Ihr sie mit solchen Aktionen aber sympathisantenfrei macht.
Was bleibt dann noch übrig?
Ein Menge doch nicht ernstgenommener, von der Presse immer falsch dargestellter, kriminalisierter junger Menschen.
Es grüßt Euch der Noch-Sympathisant.

Es geht mir nicht um Mitleidserheischung, sondern um den Umgang mit anders aussehenden Menschen!!!

'Junge Freiheit' am 20.1. in Potsdam?

Wie zu Erfahren war, beabsichtigt die Redaktion der 'Jungen Freiheit' (Chefredakteur: Christoph Stein) am 20.1. im Hotel Cecilienhof in Potsdam mit einem Pressegespräch öffentlich zu werden.
Als Drahtzieher im Hintergrund soll ein Unternehmensberater aus Stuttgart in dieser Richtung tätig geworden sein.

genus loci 'Cecilienhof'

Die 'Junge Freiheit' scheint mit ihrem Versuch, sich am 20.Januar im Cecilienhof zu Potsdam öffentlich zu machen, an Traditionen anknüpfen zu wollen, die sich mit den Namen Kronprinz Wilhelm, General Schleicher, dem 'Stahlhelm' und Hitlers späterem 'Vizekanzler' Franz von Papen in Verbindung bringen lassen. Bekanntlich residierte Kronprinz Wilhelm bis ins Frühjahr 1945 im Schloß Cecilienhof, obwohl er nach dem 1.Weltkrieg als 'Schlächter von Verdun' von einem allierten Gericht als Kriegs verbrecher verurteilt worden war und einige Jahre außerhalb Deutschlands auf einer friesischen Insel in der Verbannung leben mußte.
Herr von Papen hat 1968 seine Rechtfertigungsschrift 'Vom Scheitern einer Demokratie' herausgebracht, aus der aufschlußreiche Bezüge zu dem Geschehen im Januar 1933 herauszulesen sind.
Da heißt es zum Beispiel: 'Schleicher und Kronprinz Wilhelm waren Duzfreunde. Kronprinz Wilhelm machte Schleicher alle Berichte zugänglich, die er von seinen, meist in München agierenden, Vertrauensleuten erhielt....'(S.349)
Von den zahlreichen Briefen und Billets, die der Kronprinz im Januar 1933 Schleicher zugeschickt hatte, war eigentlich nur noch sein Brief vom 19.Januar 1933 bedeutsam. Dieser Brief gab die Eindrücke wieder, die der Kronprinz am Vortage anläßlich der Reichsgründungsfeier des Stahlhelm in Berlin gewonnen hatte. Der Kronprinz schilderte die verzweifelte Stimmung in den landwirtschaftlichen Kreisen, speziell beim bäuerlichen Besitz.
'Es wird bereits ganz offen von einem Bauernkrieg gesprochen.'
Der Kronprinz empfiehlt dringende Hilfe wie Zinssenkung, Steuerherabsetzung etc. Die Zusammenarbeit der Reichswehr mit dem Stahlhelm sei ganz ungenügend...(S.353)
'Der 29.Januar 1933 verlief als weiterer Tag voller Gespräche und Sondierungen. Meine ersten Besucher waren Hitler und Göring. Sie erklärten mir, daß der Abgeordnete Frick für den Posten der Reichsinnenministers und Göring für den des preußischen Innenministers präsentiert würden... Hugenberg war erfreut über die ihm zugedachte Aufgabe eines Koordinators aller wirtschaftlichen Angelegenheiten und durchaus überzeugt, diese Aufgabe meistern zu können. Dr.Dingeldey, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, versprach die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts durch seine Gruppe.
Alsdann führten die beiden Vorsitzenden des 'Stahlhelm', Seldte und Duesterberg, aus, auch sie wünschten mit ihrer Organisation die neue Regierung zu unterstützen... (S.381)
Soweit der Herr von Papen zum 'Stahlhelm' und dessen kriegsverbrecherischen Schirmherrn, den Kronprinzen Wilhelm auf Schloß Cecilienhof zu Potsdam!
Wer wagt da noch zu behaupten, die 'Junge Freiheit' und ihre finanzkräftigen, unternehmensberaterischen Hintermänner, wüßten nicht, was sie täten, zehn Tage vor dem 30.Januar 1994?!







Der Faschismus der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität"

Bei der Münchener Oberbürgermeisterwahl vor drei Monaten trat eine obskure "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" an, die bis dahin den meisten MünchnerInnen unbekannt gewesen sein dürfte und verkündete auf einer Unzahl Plakate sie besitze "das Patentrezept".

Links klingende Parolen

Die selbe Bürgerrechtsbewegung erntete etwa in Bischofferode durchaus Zustimmung als sie auf einem Flugblatt den Widerspruch zwischen der Stillegung von Kalibergwerken in Deutschland und dem Bedarf, der dafür gerade in der Dritten Welt vorhanden wäre, zur Sprache brachte. Auch in einem Flugblatt zur Stadtratswahl wurden durchaus links klingende Töne angeschlagen: von einem drohenden "Kollaps des Weltwährungssystems" ist da die Rede und es wird beklagt, daß die alten Parteien darauf nur mit Sparappellen und Versprechungen, die sie nach der Wahl nicht halten können, reagieren; stattdessen wird eine "Besteuerung der Spekulation statt der Produktion" und ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm nach den Plänen des "in den USA politisch verfolgten Wirtschaftswissenschaftlers Lyndon LaRouche" gefordert.
In einem Flugblatt zur Auseinandersetzung um die Kandidatur Heitmanns zeigt sich dagegen schon deutlicher die Gesinnung der selbsternannten "Bürgerrechtler": Da wird der "Kulturkampf" und "Gesinnungsterror" gegen Heitmann beklagt: "Wer sich für Kernenergie, ... gegen ... Drogenlegalisierung oder für AIDS Tests einsetzt, und wer erklärt, der Unterschied zwischen Mann und Frau sei natürlich und nicht kulturell bedingt, der wird zu einem 'Rechtsradikalen', einem Faschisten gestempelt."

Lügen

Da die selbe Gruppe nun auch noch bei den Auseinadersetzungen um das DASA Werk in München-Neuaubing aufgetreten ist und sogar auf dem Firmengelände Flugblätter verteilte, besteht gerade in gewerkschaftlichen Kreisen ein großer Informationsbedarf über die wirklichen Hintergründe. Deshalb veranstaltete die Münchner Geschichtswerkstatt gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus am 17.Dezember eine Informationsveranstaltung im DGB Haus. Bereits im Vorfeld kam es zu unangenehmen Vorfällen: Die Bürgermeisterkandidatin der "Bürgerrechtsbewegung" Elke Fimmen rief bei verschiedenen DGB Funktionären und verbreitete fälschlich, daß gegen den Referenten ein Strafverfahren wegen Verleumdung liefe. Weiter wurde behauptet, daß die "Antifa Thüringen" einen Prozeß gegen die "Bürgerrechtsbewegung" verloren habe und ihre Behauptungen widerrufen habe müssen; auch dies stellte sich nach Rückfrage als gelogen heraus.
Bei der Veranstaltung selbst traten mehrere Mitglieder des Schiller Institutes auf, unter anderem ein Herr Zuse und eine schwarze angebliche Bürgerrechtlerin aus dem USA namens Sheila Jones. Die Vorwürfe selbst wurden nicht bestritten, sondern stattdessen in gewohnter Manier mit links klingenden Statemants und Absingen eines Gospel-Songs versucht zu verwirren. Dennoch erwies es sich im nachhinein als richtig ihnen nicht den Mund zu verbieten, da sie sich im Eifer des Gefechts dann doch mit Aussagen wie, die GRÜNEN seien eine Drogen- und Kindersex-Partei, selbst entlarvten.

Das Netz des Lyndon LaRouche

Der Referent zeigte, daß die "Bürgerrechtsbewegung" ein weiteres Glied der multinationalen Organisation des amerikanischen Politikers Lyndon LaRouche ist. Diese Organisation war vorher in der BRD unter Bezeichungen wie "Europäische Arbeiterpartei", "Patrioten für Deutschland" und "Schiller Institut" aufgetreten.
LaRouche selbst sitzt derzeit wegen verschiedener krimineller und politischer Delikte (unter anderem Steuerhinterziehung, Verschwörung gegen die Justizbehörden und Kreditkartenmißbrauch) in den USA im Gefängnis. Dennoch leitet er weiterhin vom Gefängnis aus die Aktivitäten seiner Organisation auf mehreren Kontinenten. Diese Tätigkeit besteht aus einer Art von politischer Söldner-Tätigkeit, indem linke und unangenehme Gruppen im Auftrag von Lobbyisten und Industrie systematisch diffamiert und verleumdet werden. So wurde etwa jüngst in den USA die Organisation GREENPEACE des Terrorismus und des Geldmißbrauchs bezichtigt. Vor einigen Jahren waren die Grünen das bevorzugte Opfer, die als "Ökofaschisten", "Ex-Terroristen, Altnazis, Gaddafi-Anhänger und Ostkader" beschimpft wurden. Gleichzeitig werden in den Artikeln der LaRouche Wochenzeitung "Neue Solidarität" Verschwörungstheorie aufgestellt, die immer darin gipfeln, daß eine internationale Verschwörung einer verbrecherischen Oligarchie mit dem Zentrum in England an allem Übel der Welt schuld sei. Seit der Verhaftung von LaRouche werden auch vermehrt die "Anglo-Amerikaner" angegriffen. Im zweiten Golfkrieg wurde offen für den Irak Partei ergriffen, obwohl noch wenige Jahre vorher jede Kritik an den USA als "moskauhörig" diffamiert worden war.

Von Links nach Rechts

Das verwirrende Erscheinungsbild, das aus rechten und linken Elementen gemischt zu sein scheint, läßt sich entschlüsseln, wenn man die Entwicklungsgeschichte der Organisation in den USA betrachtet. LaRouche war bis 1966 ein Kader der trotzkistischen "Socialist Workers Party". Diese kleine aber sehr aktive Partei spielte eine wichtige Rolle in der amerikanischen Arbeiterbewegung und war führend an zahlreichen Streiks und Gewerkschaftsgründungen beteiligt. LaRouche war 17 Jahre lang ein aktives Mitglied und leistete in dieser Zeit einiges für die amerikanische Linke. Als er während der in den 60er Jahren ausbrechenden Fraktionskämpfe ausgeschlossen wurde, gründet er seine eigene Gruppe die "Labor Committees". Auch diese Organisation spielte zunächst ein durchaus positive Rolle etwa bei der berühmten Besetzung der Columbia Universität 1968. Bald jedoch begann sich die Tendenz durchzusetzen, die sich ja auch bei einigen anderen trotzkistischen Gruppe findet, weniger in den Rechten als in den konkurrierenden Linken den Hauptfeind, die Konterrevolution zu sehen. LaRouche freilich ging noch einen Schritt weiter: So stellte er in der Aktion "MOP UP" (Aufmischen) Schlägertrupps zusammen, die systematisch Veranstaltungen und Aktivisten der CP-USA überfiel. Die dadurch entstandene Isolation seiner Gruppe innerhalb der Linken steigerte er noch mit Gehirnwäsche und anderen sektenähnlichen Praktiken. Mit einer von allen kritischen Leuten gereinigten und auf ihn als Führer eingeschworenen Organisation gelang es ihm 1973/74 den Schwenk von links nach rechts, den viele 68er individuell gegangen sind, geschlossen als Organisation zu vollbringen. Dadurch entstand eine Organisation neuen Typs, die linke Rhetorik und Aktionsfähigkeit von unten mit rechten Inhalten verbindet.

Antisemitismus

Es gibt starke Indizien, daß er bereits sehr früh (1971) enttäuscht von der Linken begann sich an den Ideen, aber vor allem an den Taktiken Adolf Hitlers, wie sie in "Mein Kampf" beschrieben sind, zu orientieren. Konsequenterweise wurde die Orientierung auf die Arbeiterklasse aufgegeben und stattdessen die produktive Unternehmerschaft zum neuen politischen Subjekt erklärt, dem man sich als politische Kampfpartei andiente. Dabei diente eine Verschwörungstheorie, die LaRouche bereits vor der Wende nach Rechts gepflegt hatte, als Brücke zwischen den alten und den neuen Ideen.
Laut LaRouche ist die gesamte Weltwirtschaft in den Händen der Familie Rockefeller, die von der Spekulation und dem Hunger in der Dritten Welt profitiere. Diese Oligarchie verhindere eine sinnvolle technische Entwicklung und plane einen dritten Weltkrieg. Aus dem Rockefellerkomplex wurde nun eine internationale zionistische Verschwörung gestrickt, die ihr Zentrum in England habe. Dieser Oligarchie wurde nun alles Böse in der Welt vom Drogenhandel bis zum Terrorismus und Kommunismus angedichtet. Auch dieses Rezept ist nicht neu: auch die Nazis brachten es schon fertig den langen Arm der Juden sowohl im Kommunismus wie an der Wall-Street am Werk zu sehen. Die gemeinsame Gegnerschaft zu Rockefeller und zum "zionistischen" England führte auch zeitweise zu einer Allianz mit KuKluxKlan Leuten wie Roy Frankhouser (Das wird freilich heute abgestritten, da man nun entdeckt hat, daß die Oligarchie auch hinter dem KuKluxKlan steckt). Was Deutschland betrifft so beklagt man ebenso wie die alten und neuen Nazis die "Umerziehung" und den "scheinheiligen Holocaust-Schwindel", mit denen England versuche Deutschland von der Weltmacht fernzuhalten.

Faschisten

Diese und andere Fakten zeigen deutlich: Die LaRouche-Organisation ist geradezu klassisch faschistisch. Sie besteht aus gescheiterten Intellektuellen und Kleinbürgern, die, von den Linken enttäuscht, nach der Macht streben, um selbst auch einmal am Drücker zu sein.
Sie bauen einen Propaganda und Terror-Apparat, einen Staat neben dem Staat, auf, den sie den Mächtigen zum Kampf gegen die Linken anbieten. Zeitgemäßerweise besteht dieser Terror weniger in physischen Angriffen als in Verleumdungen, Hetzkampagnen und Beleidigungen. Als Gegenleistung erbitten sie von den wirklich Mächtigen aus Industrie und Politik Rückendeckung und Immunität gegen Strafverfolgung. Daß diese Rechnung nicht immer aufgeht, zeigt die Verurteilung von LaRouche trotz seiner Beteuerungen doch als antibolschewistischer Patriot und im Sinne des CIA gehandelt zu haben. Offensichtlich hatte man für LaRouche, der noch in der Anfangszeit der Reagan Regierung geradezu hofiert wurde, keine Verwendung mehr. Das kann sich freilich jederzeit wieder ändern.
Gerade in Deutschland ist die enge Verbindung der LaRouche Leute zu Geheimdienstkreisen wie dem Ex-MAD-Chef Scherer und dem Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hellenbroich besorgniserregend.
Deshalb ist es trotz der eher bescheidenen Größe der LaRouche Organisation weiterhin nötig diese zu beobachten und zu behindern.
(anw)

Bei der Geschichtswerkstatt ist für DM 4,50 + Porto ein Reader zum Thema erhältlich:
Geschichtswerkstatt c/o Elisabeth Adam, Postfach 140 102, 80451 München



Einige Hintergrundinfos & Kommentare zu den Aktionen des EZLN in Chiapas, Mexiko

1. Überrascht wurden alle, auch mexikanische Linke, Kenner der politischen Szene und die Einwohner San Cristobals, obwohl man sagen kann, daß sich bereits im Dezember Gerüchte häuften es werde was passieren.
Unbekannt war die Existenz einer Guerilla - die wohl nicht nur in Chiapas angesiedelt ist, keineswegs aber landesweit - jedoch keineswegs. Publik wurde es auch wieder Okt. oder Nov. 1993, als es zu einem Schußwechsel zwischen Guerilla und Armee kam, nachdem letztere ein Guerillalager aufspürte. Doch weder Armee, noch progresive Organisationen scheinen die Mobilisierungs- und Schlagkraft dieser Guerilla richtig eingeschätzt zu haben. Bis vor wenigen Jahren wurde in der mex. Linken über den bewaffneten Kampf/den Aufbau einer Guerilla debattiert. Einigen konnte man sich nicht. Die meisten waren wohl der Ansicht, daß die Bedingungen dafür nicht vorhanden sei und das es vielmehr darum gehe Basisbewegungen zu gründen bzw. zu stärken.
Die EZLN sagt selber sie seien weder Marxisten, noch Maoisten, sondern Arme. Natürlich kommen die Führer der EZLN aus der/den KP-Tradition(en). Nach Infos aus Mexiko enthält die verbreitete "Kriegserklärung" keine ideologische Standortbestimmung.
Die Führungskräfte sind keine Indigenas, sondern Intelektuelle aus Mexiko-Stadt und anderen Regionen. Die in den Medien angedeuteten Beziehungen (z.B. Ausbildungslager in Guatemala) insbesondere mit der guatemaltekischen Guerilla-Koordination URNG stimmen so sicherlich nicht. Gerade für die URNG ist dies eher problematisch, da dadurch die "Duldung" der mexikanischen Regierung gefährdet ist. Es ist eine mexikanische Guerilla. Ob auch Vertreter (ehemaliger) mittelamerikanischer Befreiungsbewegungen beteiligt sind ist noch unklar. Wahrscheinlich ist, daß Mexikaner, die in den Reihen z.B. der FMLN in El Salvador gekämpft haben, sich der EZLN angeschlossen haben. Die Zahl von 200 Kämpfern ist sicherlich untertrieben, könnte u.U. auf den militärischen Kern der EZLN zutreffen. Bedeutsam ist die Tatsache, daß sie darüberhinaus Hunderte (auch Frauen) mobilisieren konnten und das diese Mobilisierung nicht, wie dargestellt, "spontan" erfolgte. Die 80.000 Einwohner Stadt San Cristobal wurde eingenommen und den ganzen 1. Januar kontrolliert. Die Kämpfer waren uniformiert und bewaffnet, wenn auch in der Mehrzahl mit einfachen Flinten. Die gleichzeitigen Aktionen in mehreren Ortschaften zeugen von einer generalstabsmäßigen Vorbereitung und einer effizienten Logistik.
Chiapas ist keine abgeschiedene Region mit geringer Militärpräsenz. Allein in der Kaserne 10 km außerhalb von San Cristobal sind i.d.R. 2.000 Soldaten stationiert (über die Feiertage u.U. weniger), ganz zu schweigen von den Kontingenten zur "Grenzsicherung". Die o.g. Kaserne wurde von EZLN-Kämpfern in Schach gehalten.

2. Die Stimmung in San Cristobal war laut J. insgesamt nicht von Angst geprägt. J. spricht gar von Volksfest-Stimmung. Die EZLN hatte spez. Leute für die PR-Arbeit mit den Medien aber auch mit der Bevölkerung abgestellt.

3. Die Basis der EZLN sind nicht nur Indigenas aus der Selva (dem Urwald), wie immer wieder dargestellt wird. Die zentralen Siedlungsgebiete der Tzeltal- und Tzotzil-Indianer liegen im Hochland um San Cristobal. Die sogn. Leute aus der selva sind neben den dort lebenden Lacandonen und anderen Maya-Ethnien viele sogn. "Expulsados", Indigenas die aus dem Hochland in die selva vertrieben wurden und deren Existenz auch dort (durch das Vordringen der Viehzüchter und Unternehmer) bedroht ist. Beteiligt waren ohne Zweifel auch viele Indigenas aus dem Hochland Chiapas.

4. Wichtigstes Ziel war es der nationalen und internationalen Öffentlichkeit zu beweisen, daß es in Mexiko eine Guerilla gibt. Diese Ziel konnte 100% erreicht werden. Dieser Erfolg bleibt, unabhängig davon, ob die militärischen Auseinandersetzungen fortgesetzt werden.
Die Hauptforderungen subsumiert unter dem Slogan "Land und Freiheit" werden seit Jahren von einer Vielzahl indianischer Basisorganisationen eingefordert. Regierung, Armee und Pistoleros gehen ihrerseits seit Jahren mit brutalster Gewalt gegen jeglichen zivilen Prostest/Widerstand vor. Patrocinio Gonzalez Garrido ehemaliger Governeur und heutiger Innenminister war und ist einer der Drahtzieher der chiapanenkischen Eliten und verantwortlich für Massaker und selektive Repression.

5. Die Mehrheit der mexikanischen Linken, bis hin zur PRD ("Linke" Oppositionspartei), sind gegen das NAFTA-Abkommen. Erste Nachfragen ergeben jedoch, daß die Reaktionen auf die EZLN-Aktion geteilt sind. Die Übereinstimmung/Akzeptanz der Forderungen ist breit "Sie sprechen das aus, was viele denken". Es sind ja auch Forderungen die seit langem artikuliert werden. Über das Vorgehen scheiden sich die Geister. Teile der progressiven Kräfte fürchten, daß dies zu Lasten ihrer "zivilen" Arbeit gehen könnte (s.u.) und äußern, daß unter den aktuellen Bedingungen "Umwandlungen nur im Frieden erfolgen können". Sicher ist, das die EZLN nicht über landesweite Strukturen verfügt. Unklar ist noch welche Bedeutung man der "Kriegserklärung" und dem Aufruf zum Marsch auf Mexiko-Stadt zumessen soll. Es wird geäußert, daß es nur ein politischer Aufruf sei und keineswegs ein Startsignal für einen landesweiten Aufstand oder gar einen militärischen Vormarsch auf Mexiko-Stadt, d.h. die EZLN sich im klaren sei, daß ein allgemeiner Volksaufstand nicht auf der Tagesordnung steht. Das EZLN ruft zum Sturz der PRI-Regime und zur Einsetzung einer "Übergangsregierung" auf. Acht Gesetze wurde von der EZLN erlassen: Haus- und Landbesitz, Justizwesen, Arbeitsrecht ... und erklärt es handele sich um einen nationalen Konflikt nicht internationalen Charakters, so daß man sich an die Genfer-Konvention halten werde und dies auch von der Armee verlange.

6. Geteilt sind auch die Einschätzungen bzgl. der Reaktion von Regierung und Armee auf die Aktionen in Chiapas. Parteien und Regierung haben zwar sogleich beteuert sie wollen verhandeln und eine freidliche Lösung finden - "Man muß etwas für die Leute tun" -, ob dies nicht nur Lippenbekentnisse sind wird sich zeigen. Gegen eine massive Repressionswelle, bis hin zu Massakern (wie vor 20 Jahren), sprechen die anstehenden Wahlen und die Aufmerksamkeit, die die Aktionen national und international geweckt haben. Andererseits werden die USA und Canada "Bedenken" anmelden, wenn Mexiko die Lage nicht in den Griff bekommt. Der NAFTA-Vertrag soll eine Klausel enthalten die besagt, daß die Mitgliedstaaten die Kontrolle über ihr Territorium innehaben müssen, sprich keine Guerilla exisitiert, was seit dem 1. Januar so in Mexiko nicht zutrifft. Das selektive Repressionsmechanismen eingestetzt werden, daran zweifelt niemand. Andere Stimmen befürchten eine landesweite Hexenjagd, die die Arbeit vieler Sektororganisationen, Basisinitiativen, NGOs etc. empfindlich tangieren könnte. Sicher ist, daß die Arbeit vieler Initiativen in Chiapas auf weiteres erschwert sein wird (Kontrollen, Spitzel, Überwachung, Bedrohungen etc.).

7. Zu befürchten ist auch ein zunehmender Druck (noch stärker als bisher) auf die in Mexiko ansässigen Strukturen des guatemaltekischen Widerstands. Das mex. Innenministerium hat seinerseits auch gleich in die Kerbe des "Revolutionsimports" aus Guatemala/Mittelamerika geschlagen, obwohl sie ohne Zweifel wissen, das es so nicht ist.

Gegen die faschistischen Zentren vorgehen!

Demonstration gegen das Zentrum der NF in Detmold-Pivitsheide

Obwohl die "Nationalistische Front" (NF) offiziell verboten ist, ist die Bedeutung ihres Zentrums nicht geringer geworden. Im Gegenteil: Die NF-Mitglieder halten dort weiterhin ungestört regelmäßige Treffen ab und arbeiten an einer Nachfolgeorganisation. Dabei treten sie offener und aggressiver auf als zuvor, ohne daß es in der Bevölkerung einen nennenswerten Widerstand dagegen gibt. Dies ist ein Ausdruck der reaktionären Entwicklung in der gesamten BRD, die 1993 in der faktischen Abschaffung des Asylrechts durch SPD, CDU/CSU und FDP ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Mit Hilfe einer massiven Medienhetze gelang es den Brandstiftern von Bonn, Flüchtlinge als "Katastrophe" darzustellen und somit die ideologische Rechtfertigung für die Brandsätze zu liefern. Alfred Dregger (CDU) formulierte den staatlichen Rassismus konkret: "Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und von daher auch keine Mitbürger."

Zeitgleich entledigt sich die nun offen imperialistisch auftretende BRD ihrer faschistischen Vergangenheit. So wurde die "Neue Wache" in Berlin als zentrale Gedenkstätte der BRD mit der Inschrift "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" offiziell eingeweiht. Diese Inschrift setzt faschistische Soldaten und deren Opfer gleich.

Auch militärisch versucht die BRD nun ihre Großmachtstellung neu zu formulieren. Innenpolitisch steht der Feind weiterhin links. Und auch gegenüber fortschrittlichen ausländischen Organisationen reagiert dieser Staat nicht zimperlich. Das Verbot der 36 kurdischen Organisationen macht dies deutlich.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Umgang mit neofaschistischen Parteien wider: Das staatliche Vorgehen gegen das Zentrum der NF in der Pivitsheider Quellenstr.20 bleibt zweifelhaft und gering. Wie auch bei dem Verbot der NF kurz nach den Morden von Mölln, geht die Regierung nur bei hohem politischen und wirtschaftlichen Druck gegen Faschisten vor, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Nach zumeist medienwirksamen Hausdurchsuchungen wurde ein Großteil der beschlagnahmten Gegenstände, darunter Waffen und Propagandamaterial zurückgegeben. Der florierende Versandhandel mit neofaschistischem Material über den "Klartext"-Verlag des NF-Vorsitzenden und Besitzers des Zentrums Meinolf Schönborn wurde gar nicht erst verboten. Ähnlich verhielt es sich z.B. am Sa. 23.10.93, als in dem Zentrum in der Pivitsheider Quellenstr. 20 ein Treffen von 150-200 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet stattfand, bei dem die Nazis provozierend und aggressiv auf der Straße herumliefen, Parolen gröhlten und faschistische Lieder sangen. Die Polizei beendete das Treffen erst nach massiven Protesten aus der Nachbarschaft um 6 Uhr.

Und all daß, obwohl es sich bei der NF um eine seit Jahren existierende offen neofaschistische Partei handelt, deren Mitglieder ihre Politik auch auf der Straße in die Tat umsetzen. So gingen in der Vergangenheit von NF-Mitgliedern zahlreiche, mitunter gezielte Angriffe auf EinwandererInnen, Flüchtlinge, AntifaschistInnen und andere Menschen, die nicht in das faschistische Weltbild passen, aus.

Darüberhinaus verfügt die NF über Verbindungen ins gesamte rechtsextreme Netz, so z.B. auch zu dem rechten Kampfsportverein DHKKV , in dem drei der vier potentiellen Täter der Morde von Solingen trainierten.

Sein Zentrum in Pivitsheide will Meinolf Schönborn indes sogar noch weiter ausbauen: Er stellte mit begründeter Aussicht auf Erfolg eine Bauvoranfrage für den Bau zweier Einfamilienhäuser auf dem Grundstück neben seinem Haus.

Antifaschistisches Vorgehen darf nicht heißen, Hoffnungen in den Staat zu setzen, der die Nazis sogar begünstigt, und dabei selbst in Resignation und Untätigkeit zu verfallen. Wir dürfen nicht nur zu solchen Anlässen wie z.B. Mölln oder Solingen kurzzeitig aufschreien. Im Gegenteil, wir selbst müssen kontinuierlich die Faschisten, ihre Hintermänner und Wegbereiter auf allen Ebenen bekämpfen, um ihnen wirkungsvoll Widerstand entgegenzusetzen.

Ein konkreter Schritt dazu soll eine Demonstration gegen das Zentrum der NF in Pivitsheide sein. Wir wollen den Faschisten zeigen, daß wir sie nicht in Frieden lassen werden und ihnen die Ruhe nehmen, sich auf dem Land ungestört weiter festzusetzen.

Die Demo soll dazu dienen, (medien-) öffentlichkeitswirksam auf die aktuelle Situation und die Unwirksamkeit des Verbotes aufmerksam zu machen. Dabei soll die Demo nur einen Auftakt für weitere Aktionen gegen das NF-Zentrum darstellen.

Wir wollen möglichst vielen Menschen die Möglichkeit geben, gemeinsam daran teilzunehmen. Dabei sollen sich alle mit ihren eigenen politischen Inhalten einbringen. Über die Akzeptanz der eigenen Unterschiedlichkeiten bei praktischem Vorgehen soll ein Grundstein für einen starken gemeinsamen Widerstand gelegt werden. Mit dem Motto "Gegen die faschistischen Zentren vorgehen", unter dem im Bundesgebiet schon mehrere Demonstrationen stattfanden, wollen wir unseren Widerstand in einen bundesweit wahrnehmbaren Zusammenhang stellen.

DEMO 5. 2. 1994 13 Uhr "Eichenkrug" DT-Pivitsheide

Für auswertige Gruppen ist der Treffpunkt für die Abfahrt mit Bus/PKW um **12.00 Uhr in Bielefeld (Sieker Endstation)!** Die Demonstration wird bislang von den aufgelisteten Gruppen Ostwestfalen-Lippeweit vorbereitet. Es wird zudem jedoch auch bundesweit mobilisiert.

...hängige Antifa Detmold, Jugendantifa Bielefeld, Antifa Schaumburg, Antifa ...umburg, Tierrechtsgruppe Hannover, PDS/LL OWL, DKP Lippe, Arbeitskreis ... Georg-Weerth-Gesellschaft, Frauenbuchladen Bi, Infoladen Anschlag Bi, Radi...

Informationen über: Unabhängige Antifa Bielefeld c/o Infoladen Anschlag, Heeper...

STELLUNGNAHME ZUR AUSEINANDERSETZUNG INNERHALB VON DEVRIMCI SOL

Zur Geschichte des Konflikts

Am 12. Juli '91 führten die türkischen Sicherheitskräfte in Istanbul eine Operation gegen mehrere Stützpunkte von Devrimci Sol durch, bei der sie 13 Militante ermordeten. Mit diesem Schlag verlor die Organisation das gesammte ZK mit Ausnahme von Dursun Karatas. Er wurde nach diesem Massaker zu seiner Sicherheit ins Ausland gebracht. Der Geheimdienst dieses westeuropäischen Staates hatte die Ankunft von Dursum Karatas mitbekommen, ihn kurz festgenommen und dann in ein anderes westeuropäisches Land „abgeschoben".

Einige Monate später, in der Nacht vom 16. auf den 17. April '92 führten die türkischen Sicherheitskräfte ein weiteres Massaker in Istanbul durch, bei dem sie 11 Menschen, führende Kader, Mitglieder der Organisation und eine Sympatisantin ermordeten. Drei der Ermordeten - Sabahath Karatas, Sinan Kukul und Fazil Ercüment - hatten die Aufgabe, das im Juli '91 zerschlagene ZK der Organisation wieder aufzubauen.

Im August '92 folgte eine Verhaftungswelle, bei der viele Kader der nächsten Ebene festgenommen wurden.

Schon nach dem Massaker im Juli '91 konnte nicht geklärt werden, wie die Spezialeinheiten auf die Spur der Militanten kommen konnten. Nach dem Massaker von 16./17. April haben führende Kader der Organisation unter Bedri Yagan, bis dahin der Verantwortliche von Devrimci Sol für den Nahen Osten, versucht, die Ursachen für die Massaker und Festnahmen herauszufinden.

Im Laufe dieser Untersuchungen stießen sie darauf, daß die Organisation seit dem Massaker vom Juli '91 über keine kollektive Führungsstruktur mehr verfügte. Stattdessen wurde sie von Dursun Karatas alleine von Europa aus geleitet, der sich dazu v.a. Telefonen und Fax-Geräten bediente. Dies warfen Bedri Yagan und andere Karatas vor. Zu dieser Zeit befand sich die Organisation im Prozeß der Parteibildung. Bedri Yagan forderte, daß die Fragen vor dem Gründungskongress geklärt werdem sollten, Dursun Karatas wollte sie auf diesem Kongress klären.

Es war nicht möglich, sich über die Vorgehensweise zu einigen und über die Frage der kollektiven Führung sowie des Militarismus und der Verantwortung Dursun Karatas' für die Schläge gegen die Organisation zu diskutieren. Stattdessen enthob Karatas Yagan seiner Aufgaben und Funktionen. Am 13. September '92 nahmen Yagan und weitere Kader Karatas fest.

Während der 45 Tage, die Karatas festgesetzt worden ist, wurde ein Dokument, von beiden Seiten unterzeichnet, wonach ein Treffen führender Kader der Organisation die Vorfälle und die Vorwürfe gegen Karatas untersuchen sollte. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung sollten die Vorgänge auch innerhalb der Organisation nicht öffentlich gemacht werden. Es dauerte zwei Monate, bis die ersten Kader in Europa eintreffen konnten. Doch auch in diesem erweiterten Kreis kam es zu keiner Einigung. Daraufhin wandte sich Karatas an die legalen Strukturen (Vereine, Komitees, Zeitungen etc.) der Organisation mit dem Vorwurf, gegen ihn würde geputscht. Seitdem ist die Organisation in zwei Flügel gespalten und die Auseinandersetzung wird gewalttätig ausgetragen. Der im o.g. Dokument geforderten Untersuchung durch führende Kader ist damit der Boden entzogen.

Dem Bedri-Flügel wird von den Anhängern Karatas' vorgeworfen, sie seien Karrieristen, die lediglich ein warmes Nest in Europa wollten. Mit einem Ultimatum, das Anfang Juni d.J. ausgelaufen ist, forderten sie von den „Putschisten" Geld, Waffen und das Archiv der Organisation, die sie mitgenommen haben.

Bedri Yagan ging Ende '92/Anfang '93 zurück in die Türkei. Er wurde zusammen mit vier weiteren Militanten der Organisation am 6. März in Istanbul von Sicherheitskräften beim Sturm ihrer Wohnung ermordet.

In dieser Auseinandersetzung greifen beide Seiten in der Türkei und in Europa zu Gewalt, sie hat bis heute, soweit bekannt, sechs Leben gefordert.

Am 3. März '93 kam es im Verein in Köln zu einem Angriff der Bedri-Anhänger, bei der der Verein verwüstet und viele der Anwesenden verletzt worden sind. Dabei wurden von beiden Seiten auch Schußwaffen eingesetzt.

Am 22. April ermordeten Anhänger Karatas in Istanbul Ercan Temelli und Muammer Aydin, Militante der „PutschistInnen", wie die KritikerInnen Karatas' mittlerweile genannt werden. Anhänger Bedris ermordeten einen Anhänger Karatas', dem sie die Beteiligung am dem Mord am 22.4. vorwerfen. Am 1. Mai wurde in Berlin Ercan Sakar während einer Auseinandersetzung vor dem dortigen Verein von Karatas-Anhängern erschossen, nachdem es vorher auf der 1.-Mai-Demo in Köln schon zu Angriffen durch den Karatas-Flügel gekommen war. Auf der Demonstration am 5. Juni in Solingen griff der Karatas-Flügel erneut an. Am 18. Juli wurde Erdogan Eliuygen im Gefängnis von Karatas-Anhängern ermordet. Am 1. Oktober ermordeten Karatas-Anhänger ein Mitglied der Organisation in der Schweiz. Ende Juni griffen Anhänger Karatas' die Redaktionsräume der neuen Zeitung der „Putschisten" mit Maschinenpistolen an, Ende Juli verübten sie einen Brandanschlag auf eine Druckerei, in der neben diversen Publikationen anderer linker und patriotischer Organisationen auch die Zeitschrift der „Putschisten" gedruckt wird. Die gewaltätige Auseinandersetzung wird in der Türkei und auch hier auf allen Ebenen ausgetragen.

Zusammenfassung

unserer Diskussion

Zu der oben skizzierten Auseinandersetzung innerhalb der Organisation Devrimci Sol, die mittlerweile über ein Jahr andauert und seit Anfang des Jahres 93 auch öffentlich ausgetragen wird, sehen wir uns gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben und diese öffentlich zu machen.

Auch wenn die unterzeichnenden politischen Initiativen und Gruppen unterschiedlich intensiv zu Türkei/Kurdistan arbeiten, ist diese Stellungnahme aus einem gemeinsamen internationalistischen Verhältnis, auch bezüglich dieses Konflikts, entstanden.

Grundsätzlich werden wir zur Zeit für keine der beiden Fraktionen öffentlich Partei beziehen. Diese Entscheidung ist keine Konsensentscheidung aller beteiligten Gruppen/Personen, sondern Ergebnis einer politischen Diskussion, bei der das Veröffentlichen einer gemeinsamen Stellungnahme möglichst vieler Gruppierungen im Vordergrund steht.

Für die meisten von uns ist es schwierig, sich eine Meinung über den Konflikt innerhalb von Devrimci Sol zu bilden, da schon über seine Entstehung unterschiedliche Versionen verbreitet werden genauso wie zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die Papiere und die mündlichen Darstellungen des Konflikts durch GenossInnen beider Seiten ließen Widersprüche und Fragen unbeantwortet.

Die Möglichkeit der Auseinandersetzung wird stark durch die Polemik der türkischen GenossInnen beeinträchtigt, die voller Wut und Enttäuschung gegeneinander angehen. Diese Art der Konfliktbewältigung wird, egal, wer sie für sich entscheidet, nicht zu einer fruchtbaren Weiterentwicklung der Organisation und einer revolutionären Perspektive beitragen.

Wir mußten oft feststellen, daß da, wo bisher zusammengearbeitet wurde, nicht das politische und persönliche Vertrauen entwickelt worden war, um sich offen und genauer über den Konflikt auseinanderzusetzen. Wir denken also, daß es für uns InternationlistInnen aus der BRD letzlich nicht möglich sein wird, viele Detailfragen zu klären.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß das Verhältnis der radikalen Linken in den Metropolen zu kämpfenden Organisationen aus anderen Ländern oftmals nur sehr schlecht entwickelt ist. Zu oft blendet zunächst der Erfolg, eigene Wünsche und Perspektiven werden auf erfolgreiche Kämpfe in anderen Teilen der Erde projeziert. Daraus erklärt sich auch das fast schon gesetzmäßige Abbröckeln jeder starken Solidaritätsbewegung, sobald innerhalb kämpfender revolutionärer Organisation interne Konflikte auftauchen oder sie z. B. tatsächlich die Macht übernehmen.

Das bedeutet mit der schwierigen Realität kon-

frontiert zu sein, die Revolution im Alltag fortzuentwickeln. Dies gilt auch für Entwicklungen, wo Organisationen nicht die Stärke haben, die Macht zu übernehmen, aber bspw. an der Macht beteiligt werden (müssen), am Verhandlungstisch Platz nehmen und der bewaffnete Kampf zurück- bzw. eingestellt wird.
Die Alternative kann natürlich nicht eine bedingungslose Solidarität sein. Doch wir können auch keine Kritik an Prozessen in anderen Organisationen/Ländern äußern, ohne unser eigenes Verhalten, uns selbst in unserer Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit zu kritisieren.
Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit dem Konflikt innerhalb von Devrimci Sol.
Grundlage für ein solches Verhältnis ist die grundsätzliche Anerkennung der Diskussionsfreiheit innerhalb und zwischen fortschrittlichen, linken Organisationen/Gruppierungen.
Wir halten Diskussionsfreiheit für eine wesentliche Fähigkeit revolutionärer und emanzipatorischer Strukturen, die von jeder Ebene einer Organisation/Struktur eingefordert und praktiziert werden muß. Nur so lassen sich die Strukturen permanent hinterfragen, läßt sich Machtkonzentration vermeiden, wird der/die Einzelne/r an den politischen und strukturellen Prozessen wirklich beteiligt.
Diskussionsfreiheit bedeutet natürlich auch, daß wir das Recht haben, uns zu diesem Konflikt zu äußern.
Uns ist klar, daß nicht jede Diskussion offen geführt werden kann, die illegale Struktur muß geschützt werden. Und dennoch taucht die Frage bei uns auf, ob die öffentlich nicht diskutierte „Verhaftung" Karatas' und die öffentlich nicht erklärte Übernahme der Organisationsleitung nicht die selben Fehler in sich bergen, die Karatas zum Vorwurf gemacht werden.
Grundsätzlich stellen sich in jedem revolutionären Prozeß Fragen nach Organisationsstruktur, Hierarchie und Machtverhältissen; Fragen, die wir Devrimci Sol stellen, die aber auch wir uns immer wieder stellen müssen.
Wir müssen Kriterien entwickeln, an denen wir Organisationsformen und Machtoptionen überprüfen können. Diese Fragen verlangen zwangsläufig eine Diskussion um innerorganisatorische Demokratie, das Verhältnis von Kader - Basis, formelle und informelle Hierarchien etc. Hier ist ein Prozeß in unseren Reihen noch nicht entwickelt und die mangelnde Auseinandersetzung führt immer wieder zu Widersprüchen in unserer eigenen politischen Arbeit:
auf der einen Seite wird Solidarität mit Befreiungsbewegungen eingefordert und praktiziert, die aufgrund objektiver Bedingungen und politisch/ideologischer Prinzipien vertikal organisiert sind. Gleichzeitig wird von vielen der Anspruch erhoben, Hierarchien aller Art abzulehnen, wobei die eigenen, v.a. informellen Hierarchien kaum hinterfragt werden.
Oftmals wird aber auch eine andere Hierarchie nicht hinterfragt: die zwischen denjenigen, die Solidarität üben, und denen, denen sie gilt.
Die Verantwortung dafür sollten wir nicht unbedingt bei „den anderen" suchen, sondern hier erst einmal die eigene Praxis reflektieren.

Unsere Forderungen

Eine interne Konfliktaustragung, wie sie zur Zeit bei Devrimci Sol praktiziert wird, ist jedoch nicht zu akzeptieren.
Die Auseinandersetzung hat in Europa begonnen und spielt sich zum Teil auch hier ab. Jahre wurde dafür gearbeitet, daß sich die Aktivitäten und Haltung der Organisation auch hier vermitteln lassen, daß es zu einer Zusammenarbeit kommt. 1992 war vieles erreicht worden. Doch heute sind wir bei Veranstaltungen, Demonstrationen und anderen Bündnisaktivitäten unausweichlich mit diesem Konflikt konfrontiert, der z.T. gewalttätig ausgetragen wird.
Beide Fraktionen sollten sich bewußt sein, daß sie politische Verantwortung nicht nur für ihre eigenen Mitglieder und Sympathisanten haben.
Gerade auch die Form, wie sie den Konflikt austragen, schadet zudem der Glaubwürdigkeit der Linken insgesamt.

Wir akzeptieren das nicht und stellen konkrete Forderungen:

Wir lehnen die gewalttätige Auseinandersetzung mit Maßnahmen wie Festnahmen, Prügel, Folter und Mord entschieden ab. Beide Seiten wenden, unterschiedlich stark, gewalttätige Mittel an.
Wir fordern eine Erklärung von beiden Fraktionen, diese Mittel nicht anzuwenden und die Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Fraktion in der politischen Diskussion auszutragen.
Bündnisaktivitäten werden von uns von einer solchen Erklärung abhängig gemacht. Solange diese nicht vorliegt, wird es keine politische Zusammenarbeit bei Demonstrationen, Veranstaltungen usw. geben. Für die unterzeichnenden Infoläden heißt dies, daß sie solange außer dem Zurverfügungstellen von Leseexemplaren für Interessierte kein Material vertreiben oder verbreiten werden.
Wir fordern die Gruppen und Organisationen , die Verbindungen zur Auslandsorganisation von Devrimci Sol/Gücler haben, auf, sich dieser Stellungnahme oder zumindestens den Forderungen anzuschließen. Wenigstens sollten sie bei ihren Kontakten diese Kritik berücksichtigen und entsprechende Forderungen formulieren
Nach wie vor sollte die direkte Diskussion mit beiden Fraktionen gesucht werden.

Wir richten uns mit dieser Stellungnahme nicht gegen die Aktivitäten und den Kampf der türkischen Massen. Wir werden uns weiterhin um direkte Kontakte nach dort bemühen und darüber hier berichten.

Selbstverständlich nutzt auch der Staatsschutz, in der Türkei und natürlich auch in den anderen Ländern, die Auseinandersetzung. So hat es mittlerweile diverse Vorladungen und Festnahmen gegeben, zuletzt durchsuchten Beamte am 7. Oktober Räumlichkeiten. Ungeachtet aller Widersprüche protestieren wir gegen die Staatsschutzangriffe.

ERSTUNTERZEICHNERINNEN:

Diese Stellungnahme wurde u.a. auf dem internationalen Infoladentreffen vom 13.-18.10.93 in Zürich diskutiert. Sie wird unterstützt von den dort anwesenden TeilnehmerInnen aus folgenden Ländern (Städten):
Dänemark (Kopenhagen); Schweden (Stockholm); England (London); Niederlande (Rotterdam); BRD (Berlin, Bonn, Bielefeld, Dortmund, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Köln); Schweiz (Basel, Bern, Zürich); Italien (Palermo)

Darüberhinaus wird die Stellungnahme von folgenden Gruppen, Initiativen, Organisationen, Infoläden etc. bisher unterstützt:

Bundestreffen der El Salvador Solidaritätsgruppen; Infoladen Dortmund; Infoladen Schwarzmarkt, Hamburg; Frauen/Lesben-Tag im Schwarzmarkt, Hamburg; Infoladen Köln; Infoladen Kasama, Zürich; Juzi Göttingen; Reithalle, Bern; Sozialistische Selbsthilfe Köln-Ehrenfeld (SSK);

Die am Ende der Stellungnahme aufgelisteten Forderungen werden unterstützt von :

Agitare Bene, Zeitung aus Köln; Antifa Südstadt, Köln;

Weitere Organisationen, Gruppen etc., die sich der Stellungnahme insgesamt oder zumindest den Forderungen anschließen möchten, teilen dies bitte schriftlich oder per Fax einer der folgenden Adressen mit. Die Stellungnahme wird dann von Zeit zu Zeit mit den dazu kommenden Unterschriften der Öffentlichkeit sowie den beiden Fraktionen zugänglich gemacht.

Infoladen Dortmund
Oesterholzstr. 88
44145 Dortmund

Ak "Stellungnahme"
c/o JUZI
Bürgerstr. 41
37073 Göttingen

Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
Fax: 040/4108122

Infoladen Köln
Ludolf-Camphausenstr. 36
50672 Köln
Fax: 0221/5102765



SZUPP!

Zur Pädophilie-Diskussion, insbesondere zu Agathe und Alfons(Nr.263u.266 und den 2 Frauen, denen es stinkt(Interim Nr.266) oder

Gegen die Scheinheiligkeit in der autonomen Scene!

Beim Lesen der oben genannten Beiträge hatte ich mal wieder das Gefühl, daß es nach dem altbewährten Muster geht:"Seht her,(ich)w i r haben alles auf der Reihe,sind antipatriarchal,antisexistisch,sind die wahren KämpferInnen...und (Du)I H R blickt(noch)garnichts." - Weil,wenn,Ihr Agathe und Alfons wirklich ´ne Auseinandersetzung über das eigene Verständnis von Politik und persönlichem Umgang untereinander,´ne Sensibilisierung gegenüber Machtstrukturen,´neAuseinandersetzung mit sexuellem Mißbrauch wirklich wollt,wie Ihr es in der Nr.266 geschrieben habt,warum fangt Ihr dann damit nicht an?
Ich will auch gerne antipatriarchal und antisexistisch sein und freie, gleichberechtigte Beziehungen führen.Aber ich merke doch deutlich,daß ich das (noch) nicht bin;merke doch Brüche/Widersprüche zu dem,was ich sein will und für richtig halte und dem,was ich bin/fühle.
Kennt Ihr nicht auch sexuelle Gewaltphantasien oder sexuelle Erregungen in Situationen oder bei Personen,wo Ihr es nicht wollt? Kennt Ihr keine Machtkämpfe in Euren Liebesbeziehungen? - Ich schon...und die meisten Leute, mit denen ich näher zu tun habe und darüber rede,auch! - Meine Erfahrung ist, daß eine Auseinandersetzung oft erst dann fruchtbar wird,wenn die Betreffenden, die diese Auseinandersetzung wollen,erstmal damit anfangen,ihre eigenen Brüche/Widersprüche darzustellen.
Nun mag ich ja in meinen alten Fehler verfallen,immer von mir auf andere zu schließen;d.h.Ihr erlebt vielleicht Eure Sexualität befreit und habt Beziehungsstrukturen,in denen es keine Macht- und Hierarchiestrukturen gibt.- Da ich davon ausgehe,daß Ihr als LeserInnen dieses Blattes nicht dem biologistischem Ansatz huldigt,müßt Ihr Euch doch diese Auflösung der Brüche/Widersprüche,diese neuen,befreiten Strukturen irgendwie erarbeitet/ erkämpft haben.Und genau dieses "wie",wie Ihr das gemacht habt,wie Ihr dahin gekommen seid,Eure Erfahrungen...genau das würde mich(und vermutlich andere auch)weiterbringen,eigene Widersprüche zu knacken.D a s würde Diskussionen und Prozesse anschieben.
Nun meine ich aber durchaus nicht,daß mensch sich nur kritisch zu Anderen äußern darf,wenn er/sie alles auf der Reihe hat oder auch die eigenen Fehler/Widersprüche benennt.Aber wenn schon so schwere Geschütze gegen einen Menschen öffentlich aufgefahren werden wie er mißbrauche und beute sexuell Kinder aus,dann erwarte ich-zumindest in unserer Scene-ein etwas genaueres Umgehen damit.
Weil,bisher kommt mir das so vor,daß irgendwelche Allgemeinheiten zu Sexualität,Mißbrauch,Macht,Hierarchien,Patriarchat,Erwachsenen/Kind-Verhältnis, die in der Allgemeinheit allle richtig sind,mit gewissen "Kunstgriffen" an XY/M festgemacht werden.
Einer der Kunstgriffe ist,immer über Kinder zu reden/schreiben.-Sind denn 12-17jährige für Euch noch Kinder? In der Nr.266 sprecht Ihr(A+A)ja nun nicht mehr nur von Kindern/Kids sondern auch von Jugendlichen.Aber immernoch sind sie die armen Opfer,wo Ihr inzwischen einräumt,daß sich wohl nur die Stärksten wie Schmuddel,Stulle und Dominique "durchsetzen können und es j e t z t (!?) für sie okay ist".Alle anderen bei XY/M wohnenden Jugendlichen bleiben weiterhin Opfer...oder wie ist dieser Absatz zu verstehen? Das kann mensch ja auch so verstehen oder definieren.Bloß dann frage ich mich,warum die tausende anderen Jugendlichen in dem Alter,egal ob sie z.B. alle möglichen Drogen einpfeifen,anschaffen gehen,Autos knacken oder bei der 1.Mai "Randale" dabei sind,warum die dann nicht auch alle Opfer sind? Und falls die auch alle Opfer sind,dann frage ich mich doch schon,warum die denn bisher nicht als zu beschützende Opfer von der autonomen Scene ent-

deckt worden sind.Nur weil XY/M sie nicht gefragt hat,ob sie mit ihm schlafen wollen? - Überwertet Ihr diesen Fakt nicht ein wenig?
Als ich 16 war,war ich zwar nicht auf Trebe,aber ich trampte viel in fremden Ländern und war zu dieser Zeit der Schwarm vieler Männer.Ich fand das weder als Problem noch als Zumutung,sondern es hat eher mein kümmerliches Ego geschmeichelt,wenn sie mit mir schlafen wollten...zumindest solange sie mich höflich gefragt haben und meine Entscheidung respektierten und nicht mit dem Messer auf mich losgingen(wie es leider einmal passierte). Nun will ich mit meinen eigenen Erlebnissen nicht sagen,daß es bei anderen Jugendlichen auch immer so sein muß.Auch ist mir sehr wohl bewußt,daß es einen Unterschied macht,ob ich beim Trampen von einem fremden Mann angesprochen werde oder ob das innerhalb einer Freundschaft,Beziehung oder Abhängigkeit passiert.
Zweiter Kunstgriff sind-wie schon erwähnt-die Allgemeinheiten:Ihr schreibt sehr richtig:"M.hat viel aufgebaut,die Kids und Jugendlichen kommen zu den fertigen Strukturen erst dazu."Nicht schreiben tut Ihr,daß dies überhaupt nicht selbstverständlich ist,daß es solche Strukturen kaum für Jugendliche gibt,daß es gerade auch für Trebejugendliche eine unwahrscheinliche Hilfe ist,persönlich ernst genommen zu werden,mit Wohnung,Geld und Rat unterstützt zu werden(gerade da sie in unserer Gesellschaft noch bedingt auf Erwachsene angewiesen sind),in einer Gruppe von Gleichgesinnten zu leben,wo öfters auch was los ist und wo mensch ganz schnell von den anderen Jugendlichen mitkriegt,daß mensch auch bleiben kann,wenn mensch nicht mit dem "Gruppenleiter" pennt.Stattdessen schreibt Ihr:"Machtstrukturen und Hierarchien sind Voraussetzung für sexuellen Mißbrauch."(Nr.266)So richtig dieser Satz ist,so bedeutungslos ist er auch bei der Alltäglichkeit und Allgegenwärtigkeit von Hierachien und Machtverhältnissen.Wir erleben doch diese ständig in unseren Beziehungen(mich als Hetero-Mann dünkt es,daß selbst schwul oder lesbisch sein nicht automatisch eine Befreiung von diesen Strukturen bedeutet),in unseren WG´s,in unseren Politgruppen und auf Arbeit...
Zurück zu den Jugendlichen:Klar ist,daß XY/M eine Machtposition hat.Aber was sagt der Fakt an sich schon aus.Denn im Elternhaus,in der Schule,im Sportverein,in der Lehre und sogar in der eigenen Clique...überall sind Macht- und Hierarchiestrukturen vorhanden;nicht anonym,sondern immer an Personen gekoppelt,die diese ausüben und mit denen die Jugendlichen konfrontiert sind.
Es geht nicht darum durch die Aufzählung von anderen Macht/Hierarchiestrukturen einzelne zu relativieren.Vielmehr geht es darum zu gucken,wie verantwortungsvoll die jeweiligen MachtinhaberInnnen mit ihrer Position umgehen...mit oder ohne Sexualität! - Wenn dann Sexualität dazu kommt, kriege ich allerdings oft auch ein komisches Gefühl;das ist aber bei XY/M auch kein anderes wie bei jeder anderen hierarchieschen Beziehung wie z.B. Arzt/Arzthelferin,Sekretärin/Chef,Popstar/Groupie,Discobesitzer/Discjockey, Tenniskönigin/Nachwuchsspielerinnnen.Aber nur weil ich da ein komisches Gefühl zu habe,weil ich weiß wie schwer es auch ist,sich in solchen Situationen verantwortungsvoll/korrekt zu verhalten,wie schnell da auch Machtmißbrauch passieren k a n n ,kann ich doch nicht automatisch die Gleichung Sexualität=sexueller Mißbrauch=Machtmißbrauch über die Leute schütten.
Ihr setzt immer bei allen Jugendlichen "von" XY/M einen sexuellen Interessengegensatz voraus.Woher wißt Ihr das?Warum soll nicht ein Jugendlicher, der sich von XY/M ernst genommen und unterstützt fühlt und der ihn auch ansonsten menschlich sympathisch und zärtlich findet,warum soll der denn nicht auch Lust haben mit XY/M zu schlafen? - Das halte ich da genauso gut für möglich wie bei der Sekretärin oder der Tennisnachwuchsspielerin.
Nächste Allgemeinheit:Die 2 Frauen,denen es stinkt fühlen sich "als verklemmt,kaputt,frustriert,frigide oder gar faschistisch abgestempelt."
A+A schreiben:"Kritik an dieser Gruppe ist wie bei vielen Antifa-Gruppen schwierig." Und dann legen sie los mit einer allgemeinen "Analyse" von Antifa-Gruppen.- Ich kenne als Kritik an Euch bisher nur die Stellungnahmen der Jugendlichen wo stand:"Ihr seid nicht besser als irgend welche

Nazis." Und:"Ihr seid nicht besser als Faschisten..." - Zugegeben,auch in dieser Formulierung immernoch daneben.Aber ist diese Wut,die darin zum Ausdruck kommt,nicht verständlich? Wenn ich z.B. Agathe als Bullenspitzel,die die Antifazusammenhänge spalten soll,rufmorde,schreibst Du mir Alfons dann nur freundlich und sachlich zurück,daß ich das wohl falsch sähe???
Letzter Punkt der Kunstgriffe:Ihr arbeitet mit Andeutungen,die scheinbar was aussagen sollen:"Wir sind dem Typen XY bei verschiedenen Gelegenheiten begegnet...Wir kennen die Lebensverhältnisse der Kids,mit denen XY zu tun hat."(2 Frauen) "Wir wissen von Kids/Jugendlichen,die sich von M. angemacht und unter Druck gesetzt gefühlt haben."(A+A) Ja,und???
Ich bin XY auch bei den verschiedenen Gelegenheiten begegnet - allein und mit den Jugendlichen.Ich hatte auch schon eine "politische Diskussion" mit ihm und ein mehrstündiges Gespräch über "diese Sache".Ich habe mich -zugegebenermaßen-nur einmal mit einem Jugendlichen darüber unterhalten und war auch erst 1x in ihrer Wohnung. - Mir kann mensch sicherlich leicht ein x für ein u vormachen und ich kann meinen Wahrnehmungen auch nicht immer trauen.Dennoch:Bei meinem bisherigen Kenntnisstand/Eindruck komme ich zu vollkommen gegensätzlichen Einschätzungen sowohl von derPerson XY/M als auch der Jugendlichen,der Gruppe und der Atmosphäre,die zwischen ihnen besteht.
Ihr könnt doch nicht einfach eine Lawine lostreten und Euch dann darauf zurückziehen "Es kann nicht darum gehen,ein Opfer vorzuzeigen,womöglich irgendwelche Details zu erörtern..." Das ist -höflich ausgedrücckt- ganz schlechter Stil.Bei der Schwere des Vorwurfs und den massiven Gegendarstellungen der sogenannten Opfer müßt Ihr m.E. genau diesen Schritt tun, seid Ihr-so blöd das auch klingt-in der Beweisnot! Warum könnt Ihr z.B. nicht die "anderen Jugendlichen" ermutigen/unterstützen ihre (schlechten) Erfahrungen mit XY/M darzustellen?
Wenn Ihr Eure Anschuldigungen nicht weiter konkretisieren könnt,finde ich, solltet Ihr sie sofort öffentlich zurücknehmen!!!

L.

P.S.:A+A,in einem Punkt habt Ihr vollkommen recht:Das Nichtverhalten von Antifagruppen/Personen,die XY/M jahrelang kennen und mit ihm und "seiner" Gruppe ständig zusammenarbeiten.Daß XY/M sich nicht selbst äußert kann ich ja verstehen;ich weiß nicht,ob ich in seiner Situation dafür die notwendige Kraft hätte.Warum I H R Euch aber nicht äußert,ist mir schleierhaft. (Eine Diskreditierung der Antifa-Arbeit ist m.E. durch "Aussitzen" nicht zu verhindern)



Wehren wir uns mit den Flüchtlingen gegen das "Leistungsgesetz für Asylbewerber"

Wir lassen uns nicht spalten - gegen die Einschränkung von Sozialleistungen!

Seit Monaten werden neue Sparpakete entworfen. Da werden Prozente ausgehandelt, Kompromisse verabschiedet, einzelne zurückgenommene Kürzungen als Erfolge gefeiert...und das alles gilt denen, die sowieso schon jeden Pfennig dreimal umdrehen müssen. Konkret wird der Sozialhilfesatz in den nächsten Jahren nur noch um 2% erhöht; das Arbeitslosengeld wird um 4% gekürzt; die Arbeitslosenhilfe um 3%; auch einmalige Sozialleistungen wie Schulbedarf, Einrichtungsbeihilfe etc. werden schwieriger durchzusetzen sein und schließlich werden SoziempfängerInnen verstärkt zur Zwangsarbeit für drei Mark die Stunde bei der Stadtreinigung in Grünanlagen usw. verpflichtet.

Mit dem neuen Asylrecht, welches es den meisten Flüchtlingen unmöglich macht, überhaupt hierher zu kommen , wurde auch ein "Leistungsgesetz für Asylbewerber" mitbeschlossen. Dieses Gesetz hat die Funktion, die Flüchtlinge hier durch staatlichen Rassismus, Entmündigung und soziale Deklassierung auszugrenzen und ihr Leben so unmenschlich wie möglich zu gestalten. Seit dem 1.11.93 wird es auch in Berlin umgesetzt.

Es wird erstmals eine Gruppe von Menschen aus dem Bundsozialhilfegesetz herausgenommen. Flüchtlinge, die noch nicht länger als ein Jahr hier leben, bekommen nur noch 80% des Regelsatzes der Sozialhilfe und dies zum größten Teil in Form von Sachleistungen. Weiterhin soll medizinische Versorgung nur noch bei akuten Erkrankungen gewährt werden, wer eine Brille braucht, muß sich eine borgen. Auch werden Flüchtlinge zur Zwangsarbeit in den Wohnheimen für zwei DM die Stunde verpflichtet.

In Berlin und Brandenburg werden die Sachleistungen in heimeigenen Läden ausgegeben. In Berlin bisher im Heim des privaten Trägers "SORAD" in der Holzhauserstraße und demnächst auch im "DRK-Heim" in der Berlinerstraße in Reinickendorf.

In Brandenburg gab und gibt es an vielen Orten massive Proteste der Flüchtlinge gegen die Entmündigung und Diskriminierung durch das Sachleistungsprinzip, so in Oranienburg, Nauen, Fürstenwalde, Eberswalde und Seelow. Im Flüchtlingswohnheim Diedersdorf bei Seelow haben 600 PolizistInnen und BundesgrenzschützerInnen am 14.12.93, offenbar als Reaktion auf die Proteste, eine vierzehnstündige Razzia durchgeführt, Zimmer verwüstet, Flüchtlinge und Kinder mußten sich nackt ausziehen. Bereits bevor Ergebnisse der Razzia feststanden, wurden die Flüchtlinge von Staatsanwaltschaft und Presse pauschal als "organisierte Verbrecher" diffamiert.

Dieses Gesetz ist Rassismus in Gesetzform. Es führt zur Ghettoisierung der Flüchtlinge und soll sie aus dem "öffentlichen Leben" ausschließen. Es ist der konkreteste Einstieg in die Ausgrenzung von Arbeitslosen, Obdachlosen und SoziempfängerInnen, über die "Kampagne gegen den Sozialbetrug" hinaus.

Soldarisiert Euch mit den Flüchtlingen!
Die Sparpakete denen, die sie packen!
Für das Bleiberecht für Alle!

KOMMT ZUR KUNDGEBUNG AM FREITAG, DEN 21.1.94 UM 10.00 VOR DEM SOZIALAMT IM RATHAUS NEUKÖLLN, U-RATHAUS NEUKÖLLN

Initiative gegen das "Leistungsgesetz"

Treffen Freitags um 19.30 im HDD, Friedrichstr.165, U- Französische Str.

V.i.S.d.P.: Clara Spar, Haus der Demokratie, Friedrichstr.165, 10117 BERLIN

Termine - Dates - Termine - Dates - Termine - Dates

Freitag, 14.1.

18.00 ungarische Fete
Ausstellung, Infos, Video, Essen
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 Konzert: "Delicate Spring Touch", "Vivens", "Abyssinia"
Eintritt frei
Ort: Café KGB, Potsdamer Str. 180, Schöneberg

Sonnabend, 15.1.

18.00 Autonomes Tierrechtscafé
Video: "Milch ist weißes Blut"
Ort: 2/3-Weltladen, Lindenstr. 53, Potsdam

19.00 Diskussion zum Buch:
"Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges"
Ort: Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a

21.00 Babylonia-Fete
Erlös für Antifa
Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23, U-Bahn Schlesisches Tor

Sonntag, 16.1.

11.00 veganisches Frühstück
Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding, U-Bahn Pankstr. oder Nauener Pl.

16.00 Film: Manganinnie
über die Kolonialisierung Australiens
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43

17.00 Diskussion
"Opus Dei _ die 'Kampftruppe Gottes', Rechtsaußenflügel der kath. Kirche; Frauenbild und Beziehungen zu organisierten AbtreibungsgegnerInnen"
Ort: Antifa-Café Wedding, Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2°

Montag, 17.1.

21.00 Film: "Sie würden uns gern im Knast begraben"
Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding, U-Bahn Pankstr. oder Nauener Pl.

Dienstag, 18.1.

21.00 Film: "Der Pannwitzblick"
Dok. über Eugenik und Euthanasie
Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding, U-Bahn Pankstr. oder Nauener Pl.

Mittwoch, 19.1.

19.30 Lesung zum 75. Jahrestags des Frauenwahlrechts
Ladies only!
Ort: Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, U-Bahn Hermannplatz

20.00 LeserInnen-Forum der Jungen Welt
antifaschistische Berichterstattung
Ort: baobab, Winsstr. 53, Prenzlbg.

20.00 Film: "Veras Erziehung"
Ungarn 1979
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43

Donnerstag, 20.1.

19.00 VoKü (jeden Donnerstag)
Ort: Falcke 46, U-Bahn Schlesisches Tor

20.00 Kurzfilme: "Mit frischem Wind"
Gespräch mit der Filmemacherin
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 Film: "Die neue Kunst des Strafens"
FrauenLesben Abend
Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding, U-Bahn Pankstr. oder Nauener Pl.

Freitag, 21.1.

19.30 Ideenbörse zum Frauenstreiktag
Austausch und Sammlung von Aktivitäten zum 8.3.94
Ladies only!
Ort: Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, U-Bahn Hermannpl.

20.00 "Abschottung gegen Flüchtlinge in ganz Europa"
Infoveranstaltung mit der Roten Hilfe
Ort: Café KGB, Potsdamer Str. 180, Schöneberg

20.00 "Mörderinnen"
Performance mit Film
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 Nordirland-Soli-Veranstaltung mit Video
Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding, U-Bahn Pankstr. oder Nauener Pl.

Sonnabend, 22.1.

19.00 Veranstaltung mit AnarchistInnen aus Ungarn
Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23

FREIHEIT FÜR KURDISTAN
DAS VERBOT DER PKK MUSS FALLEN !

Nach dem Verbot von PKK, ERNK, zahlreicher kurdischer Vereine sowie der kurdischen Nachrichtenagentur KURD HA durch die Bundesregierung haben verschiedene Gruppen aus der Kurdistan-Solidarität beschlossen, die Aktivitäten für ein freies Kurdistan in den nächsten Wochen und Monaten zu verstärken. Dabei gilt unsere Solidarität als Erstes den Kurdinnen und Kurden hier. Bis zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21.3.1994 werden Veranstaltungen, Delegationsreisen u.a. organisiert werden. Für den 12.März rufen die Solidaritätsgruppen zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto "FREIHEIT FÜR KURDISTAN" nach Bonn auf.
Für diese Kampagne haben die beteiligten Gruppen ein Koordinationsbüro eingerichtet, dessen Aufgabe auch darin besteht, die Informationssperre über den Krieg in Kurdistan zu durchbrechen.

Für diese Arbeit brauchen wir auch Eure finanzielle Unterstützung.

Solidaritätskomitee Kurdistan
Wolfstr. 10/ Hinterhaus
53111 Bonn
Tel.: 0228/65 95 13

Spendenkonto:
PGA Köln; BLZ 370 100 50; Kto.Nr.: 39 68 - 506
Stichwort: Freiheit für Kurdistan

BABYLONIA FETE

Erlös für Antifa



Sonnabend, 15.1., ab 21 Uhr

Babylonia, Cuvrystr. 23, Kreuzberg